

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 18.2.08

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 17.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.10 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke
- Hardal - Vors. ABR
- Kuhl
- Radermacher
-
-
-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

-
-
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- Dr. Dahm
- Gerharz, F.J.
- Vogel
- Stilz
- Boley
- Ehrenstein
- Falkenstein
- Fischer
- Dr. Frantziach-Immenkeppel
- Gerharz, Th.
- Hepp
- Pohl
- Pütz
- Rau
- Schumacher
- Simons
- Vetterling

- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- SPD
- SPD
- SPD
- fw/bVb
- Grüne
- FDP
- Bürgermeister
- Beigeordneter
- Stadtkämmerer
- GLB
- 01-
- 10-
- 20-
- 20-

- Blanke
- Heck
- Grafe
- Jung
- Reinkemeier
- Salvador
- Vilkmann
- Weesbach
- Wehrhahn

- Baule
- Arth
- Bohlken
- Mainzer
- Müller

- Bortlitz-Dickhoff
- Niclasen
- Schönhütte
- Weber

- Brämer

A) Öffentlicher Teil	3
1. Niederschrift vom 11.2.08	3
2. Haushalt 2008	3
Bezug: Rat 10.12.07, HA 11.2.08	3
2.1 Zweite verwaltungsseitige Fortschreibung	3
Vorlage-Nr. 60/07 m	3
---	3
2.2 Stellenplan 2008	4
Bezug: HA 11.2.08	4
Vorlage-Nr. 60/07 g	4
2.3 Abstimmung der Anträge der Fraktionen	4
Bezug: HA 11.2.08	4
Vorlage-Nr. 60/07 l	4
2.4 Vorstellung Veranschlagung Sanierungsgebiet Brühl-Innenstadt im Zuge der innerstädtischen Rahmenplanung und 3. verwaltungsseitige Fortschreibung	7
Vorlage-Nr. 60/07 o	7
3. Aufhebung eines Sperrvermerks	7
hier: Zuschuss Ausländerbeirat; Konzeption Kinderfest	7
Vorlage-Nr. 44/06 a	7
4. Satzung über die Benutzung öffentlicher Spiel- u. Bolzplätze und Schulhöfe der Stadt Brühl als Kinderspielplätze	7
Bezug: JHA 29.1.08, SchSpA 14.2.08	7
Vorlage-Nr. 5/82 f	7
5. Antrag	7
5.1 Stellplatzablöse durch Sicherheitsleistungen	7
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 17.11.07	7
Bezug: Rat 10.12.07	7
Vorlage-Nr. 42/06 b und 42/06 c	7
6. Anfragen	8
6.1 Einstellungsstatistik Auszubildende 2007/2008	8
hier: Anfrage Ratsherr Pitz (FDP)	8
Bezug: HA 19.11.07	8
Vorlage-Nr. 62/95 ba	8
B) Nichtöffentlicher Teil	9
7. Haushalt 2008	9
hier: Erläuterungen zum Stellenplan	9
Bezug: HA 11.2.08	9
Vorlage-Nr. 60/07 i	9
8. Mitteilungen	9
8.1 Kloster Benden	9
9. Anfragen	9
9.1 Bahnhofsgebäude	9

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Bürgermeister Kreuzberg bittet um Ergänzung der Tagesordnung unter Punkt 2 „Haushalt“ um die als Tischvorlage ausgelegte Vorlage Nr. 60/07 o „Vorstellung Veranschlagung Sanierungsgebiet Brühl-Innenstadt im Zuge der innerstädtischen Rahmenplanung sowie 3. verwaltungsseitige Fortschreibung“.

Der Hauptausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung um die Tischvorlage 60/07 o zu.

- einstimmig -

1. Niederschrift vom 11.2.08

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 11.2.08 werden keine Einwände erhoben.

2. Haushalt 2008

Bezug: Rat 10.12.07, HA 11.2.08

2.1 Zweite verwaltungsseitige Fortschreibung Vorlage-Nr. 60/07 m

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) nimmt Bezug auf die auf der letzten Seite ausgewiesenen Gesamtbeträge in Höhe von 85,6 Millionen Ertrag, 83 Millionen Aufwand, 75 Millionen Einzahlung und 83 Millionen Auszahlung. Er habe diesbezüglich ein Verständnisproblem und bittet um Erläuterung, ob man weiterhin von einem Überschuss im Haushalt ausgehen könne.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass maßgebend die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand sei. Da der Ertrag ca. 2 Millionen € über dem Aufwand liege, weise der Haushalt im Ergebnis weiterhin einen Überschuss aus.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) beantragt zu dem auf S. 2 der Fortschreibungsliste ausgewiesenen Erhöhungsbetrag von 280.000 € bei **Kostenstelle 3602, S. 255, Sachkonto 78180, „Zuschuss Neubau Jugendzentrum“**, einen Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag zu.

- einstimmig -

2.2 Stellenplan 2008

Bezug: HA 11.2.08

Vorlage-Nr. 60/07 g

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) nimmt Bezug auf Teil C des Stellenplanes, Dienstkräfte in der Probe oder Ausbildung, und beantragt für das Jahr 2008 die Einrichtung von drei Praktikantenstellen im Bereich Sozialarbeit/Erziehung.

Bürgermeister Kreuzberg sagt die Einrichtung der drei Praktikantenstellen in diesem Bereich zu.

Ratsherr Gerharz (CDU) bittet die Verwaltung zu prüfen, ob man die Zahl der Politessen (Stellenplan Nr. 101 bis 104) nicht aufstocken könne. Es seien immer mehr Kontrollen notwendig, die mit dem vorhandenen Personal kaum mehr zu schaffen seien.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) erinnert an den diesbezüglichen Antrag seiner Fraktion und unterstützt das Anliegen von Ratsherr Gerharz.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) stellt fest, dass sich die Gesamtstellenzahl von 473,89 im Jahre 2001 auf insgesamt 432,24 im Jahre 2008 erheblich verringert habe. Er fragt, wie sich diese Verringerung finanziell auswirke.

Fachbereichsleiter Becke (FB 10) und **Bürgermeister Kreuzberg** erläutern die Zusammensetzung der Personalaufwendungen und verweisen diesbezüglich auf S. 64 der Haushaltssatzung. Eine Stelle verursache Kosten von ca. 40.000 €. Den Aufwendungen müsse man allerdings die Personalkostenerstattungen z. B. von ARGE gegenrechnen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) stellt fest, dass eine Verringerung um rd. 40 Stellen eine Personalkostenersparnis von ungefähr 1,6 Millionen € ausmache.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den in der Anlage beigefügten Stellenplan 2008 mit Stellenübersicht unter Berücksichtigung der Einrichtung von drei zusätzlichen Praktikantenstellen im Bereich Sozialarbeit/Erziehung im Jahr 2008.

- einstimmig -

2.3 Abstimmung der Anträge der Fraktionen

Bezug: HA 11.2.08

Vorlage-Nr. 60/07 I

Der Hauptausschuss berät und beschließt im Folgenden über die in der letzten Sitzung gestellten Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2008. Die Ergebnisse der Abstimmungen können der als Anlage beigefügten Liste entnommen werden.

Zu der im Haushaltsplan vorgesehenen **Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens, S. 168, Produktgruppe 1217, Rettungsdienst, Sachkonto 78250**, nimmt **Erster Beigeordneter Brandt** Bezug auf die Frage des **Fraktionsvorsitzenden Pitz** (FDP) und berichtet, dass die Abschreibungszeit bei Rettungswagen 7 Jahre betrage und diese Zeit bei dem hier zu ersetzenden Rettungswagen abgelaufen sei.

Zum Antrag von **SPD-** und **fw/bVb-Fraktion**, eine Schulsozialarbeiterstelle an der Pestalozzischule ab dem nächsten Schuljahr einzurichten, **S. 262, Produktgruppe 3603, Sachkonto 50120**, nimmt **Erster Beigeordneter Brandt** nochmals Bezug auf die diesbezüglichen Ausführungen des Bürgermeisters in der letzten HA-Sitzung und berichtet, dass gemäß entsprechender Rückfrage mit einem Landeserlass zu rechnen sei.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) schlägt vor, dass man dennoch in der Niederschrift verankern solle, dass sich der Hauptausschuss damit einverstanden erklärt, eine entsprechende Stelle einzurichten, falls das Land dies nicht regelt.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) wehrt sich vehement gegen einen solchen Automatismus, dass die Stadt immer dann einspringe, wenn das Land seine Pflichten nicht erfülle. Im Übrigen müsse man auch überlegen, ob diese tatsächlich an der Pestalozzischule eingerichtet werden soll. Man wolle sich dem Anliegen keinesfalls verschließen, müsse allerdings ein politisches Zeichen setzen, damit man nicht in eine Ersatzfunktion für das Land eintrete.

Auch **Bürgermeister Kreuzberg** spricht sich nochmals dafür aus, hier nicht von vornherein etwas festzulegen, für das eigentlich das Land zuständig sei. Man sei als Stadt bereits in Brühl-Vochem tätig und habe auch an der Clemens-August-Schule bereits eine Sozialarbeiterstelle eingerichtet. Man müsse dem Land gegenüber deutlich machen, dass es hier tätig werden müsse. Allerdings werde selbstverständlich nichts unterbleiben, was notwendig sei.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) versteht die Problematik. Seine Fraktion wolle jedoch vermeiden, dass der möglicherweise entstehende Konflikt von den Schülerinnen und Schülern ausgetragen werden müsse. Es reiche daher nicht, wenn man das Problem erkenne, sondern man müsse hier eine größere Verbindlichkeit festlegen. Er schlage vor, die Angelegenheit bis zur Ratssitzung zu vertagen und bis dahin eine interfraktionelle Abstimmung zu erreichen.

Zum Antrag der **fw/bVb-Fraktion**, Mittel in Höhe von 50.000 € anzusetzen für ein dauerhaftes Ausfugen der ersten Hälfte des Mittelpflasters in der Fußgängerzone, **S. 302 – 326, Produktgruppe 5401**, teilt **Erster Beigeordneter Brandt** zu den hierzu aufgeworfenen Fragen mit, dass das Material sowohl absolut umweltverträglich als auch sehr beständig sei.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) gibt zu bedenken, dass wegen der besseren Begehbarkeit extra Granitbänder eingearbeitet worden seien. Im Übrigen müsse man bedenken, dass eine Versickerung von Regenwasser nicht mehr gewährleistet sei, wenn die gesamte Fläche versiegelt werde. Seine Fraktion lehne den Antrag daher ab, spreche sich jedoch dafür aus, das dauerhafte Ausfugen in einem kleinen Bereich von 5 bis 10 qm einmal auszuprobieren.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Allerdings sei seine Fraktion ebenfalls dafür, zunächst eine Probefläche zu bearbeiten.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) berichtet hinsichtlich der angeblich mangelhaften Versickerung, dass der Fachbereichsleiter, Herr Kuballa (FB 66), darauf hingewiesen habe, dass das Regenwasser bereits heute seitlich ablaufe und nicht über die mittlerweile stark verhärteten Fugen.

Der **Antrag der fw/bVb-Fraktion** wird im Folgenden abgelehnt (s. Antragsliste).

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass für die Anlegung einer Probefläche kein neuer Ansatz notwendig sei sondern diese Maßnahme im Rahmen der Unterhaltungskosten durchgeführt werden könne.

Zum Antrag, die Investitionsmaßnahme „Pingsdorfer Straße“ in den Haushalt einzustellen, **S. 302 bis 326, Produktgruppe 5401**, teilt **Herr Radermacher, FB 20**, auf die von dem **Fraktionsvorsitzenden Pitz (FDP)** in der letzten HA-Sitzung aufgeworfene Frage mit, dass die für das Haushaltsjahr 2007 beantragten 5.000 € in die Unterhaltungskosten bei 5401 eingeflossen seien.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) schlägt vor, die Maßnahme in 2009 anzugehen. Hier müsse man dann jedoch einen weitaus höheren Betrag ansetzen.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erinnert an die beiden Anträge zur Pingsdorfer Straße, die jedoch beide unterschiedliche Richtungen verfolgt hätten.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bestätigt, dass es im FDP-Antrag mehr um gestalterische Maßnahmen und im Antrag seiner Fraktion um Verkehrsberuhigungsmaßnahmen gehe. Man könne die Anträge jedoch nicht trennen sondern müsse die Gesamtmaßnahme betrachten. Es reiche allerdings nicht aus, sich ständig nur Gedanken zu machen; man müsse konkret etwas unternehmen. Falls man sich diesbezüglich einig, könne er sich auch mit einer Durchführung in 2009 einverstanden erklären.

Der **Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Ratsherr Gerharz (CDU)** weist darauf hin, dass z.Z. ein Gesamtkonzept zu dem Bereich rund um die Giesler Galerie erarbeitet werde und aus diesem Grunde auch noch kein Verkehrsausschussbeschluss zur Pingsdorfer Straße gefasst worden sei. Er schlägt vor, die Fertigstellung dieses Konzeptes abzuwarten.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet, den Antrag zwecks fraktionsinterner Beratung noch einmal zu vertagen.

Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Zu dem **Antrag der SPD-Fraktion zu S. 356, Produktgruppe 5701, 53180, Zuschüsse an übrige Bereiche**, einen Zuschuss an den Festausschuss Brühler Karneval zu zahlen, findet eine ausgiebige Diskussion insbesondere hinsichtlich der Formulierung des Antrages statt.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) macht deutlich, dass es letztendlich nicht darum gehe, der St. Sebastianus Schützenbruderschaft und der Kyffhäuserkameradschaft etwas wegzunehmen; vielmehr spreche man sich für eine andere Zuordnung dieses Zuschusses aus. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass es sich hier mehr um Brauchtumpflege handele, während die Aktivitäten des Festausschusses Brühler Karneval (FBK) durchaus als Wirtschaftsförderung betrachtet werden könnten. Aus diesem Grunde beantrage man hier konkret die Erhöhung des Ansatzes um maximal 5.000 € zur Zahlung eines Zuschusses an den Festausschuss.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass man die Zuschüsse an alle anderen Vereine gekürzt habe; er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Einführung der Sportstättenbenutzungsgebühr. Wenn man nun hier einen Zuschuss an den FBK in den Haushalt nehme, sei dies allen anderen Vereinen gegenüber ungerecht. Er habe daher auch dem FBK vorgeschlagen, die Deckungslücke durch andere Maßnahmen und nicht über den städtischen Haushalt zu schließen. Er könne sich z.B. vorstellen, dass man einmal all diejenigen anspricht, die von den karnevalistischen Veranstaltungen profitierten, bisher aber keinen eigenen Beitrag geleistet hätten. Er halte dies aus Gründen der Gerechtigkeit für weitaus sinnvoller und rät dringend von dem hier vorliegenden Antrag ab.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) weist abschließend darauf hin, dass es sich bei den Zahlungen an die St. Sebastianus Schützenbruderschaft und die Kyffhäuserkameradschaft im Grunde genommen nicht um einen Zuschuss handele sondern um eine Zahlung aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung.

2.4 Vorstellung Veranschlagung der

Sanierungsgebiet Brühl-Innenstadt im Zuge

innerstädtischen Rahmenplanung und 3. verwaltungsseitige Fortschreibung
Vorlage-Nr. 60/07 o

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

3. Aufhebung eines Sperrvermerks

hier: Zuschuss Ausländerbeirat; Konzeption Kinderfest
Vorlage-Nr. 44/06 a

Der Hauptausschuss hebt den Sperrvermerk in Höhe von 1.000,00 Euro zugunsten des Internationalen Kinderfestes des Ausländerbeirates auf.

- einstimmig -

4. Satzung über die Benutzung öffentlicher Spiel- u. Bolzplätze und Schulhöfe der Stadt Brühl als Kinderspielplätze

Bezug: JHA 29.1.08, SchSpA 14.2.08
Vorlage-Nr. 5/82 f

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte

**Satzung über die Benutzung öffentlicher Spiel- und Bolzplätze und Schulhöfe der Stadt
Brühl als Kinderspielplätze.**

- einstimmig -

5. Antrag

5.1 Stellplatzablöse durch Sicherheitsleistungen

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 17.11.07
Bezug: Rat 10.12.07
Vorlage-Nr. 42/06 b und 42/06 c

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) ist enttäuscht über die Vorlage, die einen falschen Ansatz habe und an der Sache vorbei führe. Dargestellt sei lediglich die Variante, die die Stadt Brühl anwende. Es gebe jedoch auch andere Gestaltungsmöglichkeiten und es müsse nicht so, wie dargestellt, gehandhabt werden. Wenn man also, wie in der Vergangenheit geschehen, behauptete, dass die Stellplatzablöse wirtschaftliche Betätigung hemme, müsse man die vorliegende Stellungnahme als kontraproduktiv betrachten.

Er weist nochmals auf die Problematik hin, dass die Banken erst dann finanzierten, wenn die Baugenehmigung vorliege. Die Ablösesumme müsse aber bereits vorher gezahlt werden. Dies sei für viele Investoren ein Hemmnis. Mit dem Vorschlag seiner Fraktion könne man durch eine relativ kleine Erleichterung eine große Wirkung in wirtschaftlicher Hinsicht erzielen. Die FDP-Fraktion verbleibe daher bei Ihrem Antrag.

Bürgermeister Kreuzberg weist die Vorwürfe hinsichtlich der Darstellung in der Vorlage zurück. Er nimmt Bezug auf die ersten beiden Sätze in den Erläuterungen und weist darauf hin, dass hier ausdrücklich dargestellt sei, dass es sich um das in Nordrhein-Westfalen übliche Verfahren handle, welches bereits gerichtlichen Überprüfungen Stand gehalten habe. Es handle sich somit um eine gut funktionierende Praxis, die nicht wegen weniger Einzelfälle geändert werden sollte. Es gebe keine großen Probleme in diesem Bereich. Im Übrigen habe man die Ablösebeträge bereits erheblich verringert. Zwischen der Aufforderung zur Zahlung der Ablösebeiträge und der Erteilung der Baugenehmigung liege auch kein großer Zeitraum, da alle Fragen zum Zeitpunkt der Forderung der

Ablösebeiträge bereits geklärt seien. Er halte auch eine unterschiedliche Handhabung je nach finanzieller Lage des Investors für nicht praktikabel und juristisch nicht haltbar.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) kann die Intention des Antrages verstehen. Andererseits seien die Vorschriften hinsichtlich der Stellplätze bekannt und die hier notwendigen Ausgaben könnten von vornherein in die Planungen mit einkalkuliert werden. Auch müsse man bedenken, dass die Bestellung einer Grundschuld ebenfalls Geld koste und die Frage sei, ob sich diese Aufwendungen lohnten. Seine Fraktion tendiere daher eher zu einer Ablehnung des Antrages.

Ratsherr Hosmann (CDU) gibt zu bedenken, ob es sich überhaupt um einen guten Investor handle, wenn dieser nicht in der Lage sei, die Stellplatzablösebeiträge zu zahlen. Auch die Einrichtung einer Grundschuld sei keine geeignete Sicherheit, wenn sie nicht auf einem der vorderen Plätze stehe.

Ratsherr Gerharz (CDU) fragt, ob es nicht möglich sei, dass die Stadt Brühl in den wenigen Ausnahmefällen die Baugenehmigung nicht z.B. mit der folgenden Formulierung erteilen könne: „Die Baugenehmigung wird erst gegen Zahlung der Stellplatzablöse an die Stadt Brühl wirksam“. Mit dieser aufschiebenden Bedingung wäre s. E. allen geholfen. Dieser Vorschlag müsse allerdings juristisch geprüft werden.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) weist nochmals darauf hin, dass es in der Praxis sehr wohl oftmals problematisch sei, vor Erhalt der Baugenehmigung bereits Geld auf den Tisch zu legen. Es habe hier in der Vergangenheit nicht wenige und auch gravierende Fälle gegeben. Die derzeit praktizierte Vorgehensweise „friss oder stirb“ sei im Sinne der Wirtschaftsförderung unmöglich. Zumindest im Einzelfall sollte daher flexibel gehandelt werden; es müsse möglich sein, den derzeit bestehenden Automatismus auch einmal aufzuheben.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) stellt fest, dass lediglich dann ein Problem entstehe, wenn ein Investor kein oder nur geringes Eigenkapital habe. Für diese Fälle müsse man einen praktikablen Weg finden. Möglicherweise reiche nach Abschluss der Prüfung durch die Stadt Brühl auch eine kurze Mitteilung an die Bank, dass die Baugenehmigung in Aussicht gestellt werde.

Bürgermeister Kreuzberg hält dies für problematisch und schlägt vor, den s. E. sehr guten Vorschlag des Ratsherren Gerharz (CDU) zu prüfen und die Angelegenheit bis dahin zurückzustellen.

Der Hauptausschuss vertagt den Antrag der FDP-Fraktion.

- einstimmig -

6. Anfragen

6.1 Einstellungsstatistik Auszubildende 2007/2008

hier: Anfrage Ratsherr Pitz (FDP)

Bezug: HA 19.11.07

Vorlage-Nr. 62/95 ba

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) dankt für die sinnvolle und nachvollziehbare Vorlage. Er könne nur an die Brühler Jugendlichen appellieren, sich mehr bei der Stadt Brühl zu bewerben.

Seite	Produktgruppe	Sachkonto	Bezeichnung	Antragsteller	Antrag	Bemerkungen	zugestimmt	abgelehnt
137	12 01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung			fw/bVb	5.000 € einsetzen für eine Aktion „Brühl putzmunter“			12 : 1
142	12 07 Verkehrsan- gelegenheiten	52910	sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	fw/bVb	Mittel umschichten: „Mobiles Brühl“ und Fahrradfest (s. Erläuterungen S. 146) auf private Initiativen zurückfahren und die eingesparten Mittel ausgeben für die Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen			12 : 1
168	12 17 Rettungsdienst	78250	Auszahlung aus Erwerb von beweglichem Anlagevermögen oberhalb Wertgrenze 410 € ; hier: Ersatzbeschaffung Rettungswagen (Ansatz 145.000 €)	FDP	Sperrvermerk Hauptausschuss		zurück gezogen	
185-193	21 02 Weiterführende Schulen			CDU/ FDP	Planungskosten ansetzen zur Ertüchtigung d. Max-Ernst-Gymnasiums und der städtischen Realschule zur Ausgabe einer Mittagsverpflegung	Kosten: EKR 30.000 MEG 25.000 = inges. 55.000 €	einst.	
224	31 01 Soziale Einrichtungen	53180	Zuschüsse an übrige Bereiche	Grüne	Erhöhung des Haushaltsansatzes um 10.000 € auf 21.400 € für die Wiederaufnahme der jährlichen finanziellen Zuwendung an die Flüchtlingsberatungsstelle	Änderung GRÜNE: Antrag bezieht sich auf Familien- statt Flüchtlings-beratungsstelle	vertagt	
224	31 01 Soziale Einrichtungen	53180	Zuschüsse an übrige Bereiche	Grüne	Erhöhung des für den Brühl-Pass angesetzten Betrages von 7.500 € , um damit die Anhebung der Altersgrenze von 14 auf 18 Jahre zu finanzieren	Kosten: 3.200 €		8 : 4 : 1

Seite	Produktgruppe	Sachkonto	Bezeichnung	Antrag- steller	Antrag	Bemerkungen	zuge- stimmt	abge- lehnt
262	36 03 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	50120	Vergütung Beschäftigte	SPD fw/bVb	Ansatz um 20.000 € erhöhen für die Einrichtung einer Schulsozialarbeiter- stelle an der Pestalozzi-Schule ab dem nächsten Schuljahr		vertagt	
268- 274	42 Sportförderung			fw/bVb	Planungskosten in Höhe von 20.000 € ansetzen für die Modernisierung des Fußballplatzes in Brühl-Heide			12 : 1
270	42 Sportförderung	78320	Verbesserung Außenanlagen	CDU	Mittel für den Stabgitterzaun (7.500 €) und das Ballfanggitter (6.000 €) auf dem Sportplatz Brühl-Vochem zusammenführen und insgesamt um 7.000 € aufstocken auf 20.500 € zur Optimierung der Zauanlage		einst.	
				SPD	Sperrvermerk HA			
283	52 01 Maßnahmen der Bauaufsicht	68322	Beiträge Einstellplätze	Grüne	Zuführung der Hälfte des Betrages in den Ausgabeposten für die Sanierung der Radwege		12 : 1	
302- 326	54 01 Öffentliche Verkehrsflächen			fw/bVb	Mittel in Höhe von 50.000 € ansetzen für ein dauerhaftes Ausfugen der 1. Hälfte des Mittelpflasters in der Fußgängerzone (Gesamtkosten: 100.000 €)			9 : 1 : 3
302 - 326	54 01 Öffentliche Verkehrsflächen	53180	Zuschüsse für Städtökologische Maßnahmen	Grüne	5.000 € ansetzen			9 : 4
				LokAg UmA	10.000 € ansetzen			

Seite	Produktgruppe	Sachkonto	Bezeichnung	Antragsteller	Antrag	Bemerkungen	zugestimmt	abgelehnt
304	54 01 Öffentliche Verkehrsflächen	58110	Aufwendungen interne Leistungsbeziehungen	Grüne	Erhöhung des Ansatzes um 30.000 € zur Einrichtung einer Haushaltsposition „Pflege und Ausbau von Radverkehrs-Anlagen“			9 : 4
309	54 01 Öffentliche Verkehrsflächen		Kurfürstenstraße	SPD	für das Jahr 2009 Mittel ansetzen in Höhe von 370.000 €	siehe CDU-Antrag		
				CDU	Mittel für den Ausbau des Abschnitts Kaiserstraße bis Königstraße für 2008 ansetzen	Kosten werden noch ermittelt	einst.	
302-326	54 01 Öffentliche Verkehrsflächen			Grüne	Einstellung der Investitionsmaßnahme „Pingsdorfer Straße“ in den Haushalt und Bereitstellung von Planungskosten für das Jahr 2008 in Höhe von 20.000 €			vertagt
318	54 01 06 00		Umbau Bushaltestellen	Grüne	Vorziehen der Umbaumaßnahmen Bushaltestellen als Ergänzung zum Projekt „Brühler Haltepunkte – Visitenkarte für die Stadt“ im Rahmen von „Ab in die Mitte“ und Bereitstellung von 30.000 € in 2008 für die kurzfristige Anlegung provisorischer Haltestellencops		11 : 2	
329	54 03 Verkehrliche Planung	54380	Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	fw/bVb	Ansatz streichen und Ausstieg aus der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte in NRW“			zurück gezogen

Seite	Produktgruppe	Sachkonto	Bezeichnung	Antragsteller	Antrag	Bemerkungen	zugestimmt	abgelehnt
345-350	55 06 Friedhöfe			fw/bVb	Mittel in Höhe von 60.000 € ansetzen für den Abriss des Gewächshauses am Südfriedhof und die Errichtung eines Neubaus zur Unterstellung der Friedhofsfahrzeuge			12 : 1
345	55 06 Friedhöfe	52310	Unterhaltung Grundstücke	CDU	Ergänzung der Erläuterungen: Erneuerung der Brücke am Südfriedhof hat erste Priorität		einst.	
356	57 01 Wirtschaftsförderung und Tourismus	53180	Zuschüsse an übrige Bereiche	SPD	Ansatz erhöhen zur Zahlung eines Zuschusses an den Festausschuss Brühler Karneval : 5.000 €			vertagt